

Anno ... 37. Woche

1907, 15.-21. September: Knapp ein Monat nach dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart kommt die SPD in Essen zusammen. Auf dem Parteitag werden harte Auseinandersetzungen zur Haltung zum Krieg und zur Kolonialpolitik geführt. Die Mehrheit stimmt der Position des Sachsener Reichstagsabgeordneten Gustav Noske der »Verteidigung des Vaterlands im Fall einen Angriffskrieges gegen Deutschland« zu und lehnt einen Gegenantrag der Linken ab. Verlauf und Ergebnis der Debatte werden entscheidend von den »zentristischen« Kräften bestimmt, die im Namen des Erhalts der Einheit der Partei gegen die linke Opposition auftreten.

1932, 12. September: Ein von der KPD eingebrachter Mißtrauensantrag im Reichstag gegen die Regierung von Papen wird mit breiter Mehrheit – 512 gegen 42 Stimmen – angenommen. Das führt zur Auflösung des Reichstags und zu Neuwahlen am 6. November.

1942, 13. September: Die faschistische Offensive zur Eroberung von Stalingrad beginnt. Die Hitlerwehrmacht durchbricht den inneren Verteidigungsgürtel der Stadt und dringt bis zur Wolga vor, kann jedoch die Verteidigungsstellungen der Roten Armee in der Stadt nicht einnehmen.

1952, 10. September: Westdeutschland und Israel unterzeichnen das Luxemburger Abkommen. Die Regierung Adenauer verpflichtet sich, Israel für die Eingliederung von jüdischen Flüchtlingen sowie für die rigorose Enteignung von Juden in den von Nazideutschland besetzten Gebieten eine Entschädigung von drei Milliarden DM innerhalb von zwölf Jahren – in der Regel in Form von Wirtschaftsgütern – zu zahlen. Im Bundestag stößt die Ratifizierung des Abkommens auf Widerstände. Mit nur 239 der 360 anwesenden von insgesamt 402 Abgeordneten wird der Vertrag am 18. März 1953 vom Parlament schließlich angenommen. Die SPD stimmt geschlossen der Vereinbarung zu, zahlreiche CDU/CSU-Abgeordnete enthalten sich oder verweigern gar ihre Zustimmung. Das Abkommen ist ein weiterer Schritt zur Westintegration der Bundesrepublik.

1987, 12. September–11. Oktober: Der Spiegel enthüllt einen Tag vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, daß CDU-Ministerpräsident Uwe Barschel den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm bespitzeln ließ. Die aus der Bespitzelung resultierende Schmutzkampagne wurde vom Springer-Journalisten Reiner Pfeiffer geführt, der von Barschel für die Zeit des Wahlkampfes als Medienreferent angeheuert worden war. Vier Wochen später wird Barschel in einem Genfer Hotel tot aufgefunden, angeblich Selbstmord. Barschels Witwe hält an der Behauptung fest, daß es sich um einen Mord gehandelt habe. Barschel war in illegale Waffengeschäfte und nicht genehmigte U-Boot-Lieferungen an Israel verwickelt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/92320.anno-37-woche.html>